

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

17.8.1929 (No. 190)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 983
und 984
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. M. Seyfried
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und vorzeitig werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen der Karlsruher Zeitung, Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Verpflichtung, die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheinen zu lassen. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Informationsreise des Reichsrates durch Baden

Der Reichsrat unternimmt vom 23. bis einschließlich 26. September eine Informationsreise durch Baden. Er wird zunächst am Montag, den 23., sich in Konstanz aufhalten, am Dienstag, den 24., in Freiburg, am Mittwoch, den 25., in Kehl und Karlsruhe und am Donnerstag, den 26. September, in Mannheim. In allen Orten werden Besprechungen mit den Vertretern der Wirtschaft, der Städte und des Staates abgehalten. Von Mannheim aus wird der Reichsrat eine weitere zweektägige Informationsreise durch die Palz unternehmen. — Alle bisher über diese Informationsreise des Reichsrates gebrachten Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Landtagswahlen 1929

Der Minister des Innern hat angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die am 27. Oktober 1929 stattfindenden Landtagswahlen vom 3. Oktober bis einschließlich 13. Oktober 1929 durch die Gemeindebehörden auszulegen sind.

Die Haager Krise

Fortdauer der inoffiziellen Verhandlungen

Die Hoffnung, daß nach den seit Donnerstag im Haag anhaltenden Unterredungen der Staatsmänner, heute, Samstag, wieder die offiziellen Sitzungen beginnen könnten, hat sich nicht erfüllt. Die für heute vorgesehenen Kommissionsitzungen wurden wieder vertagt. Das Finanzkomitee wird heute noch nicht zusammentreten. Ebenso wird auch die für heute geplante Einsetzung des im Youngplan vorgesehenen Organisationskomitees, sowie der finanziellen Unterausschüsse vorläufig nicht erfolgen. Über den Wiederzusammentritt des Finanzkomitees ist noch nichts bestimmt worden. Das wird von dem Verlauf der weiteren inoffiziellen Besprechungen abhängen, die fortgesetzt werden.

Ruhige Auffassung

WTB. Haag, 17. Aug. Die Stimmung ist heute vormittag in Konferenzkreisen allgemein etwas ruhiger und zuverlässiger als gestern, und man hält es noch nicht für ausgeschlossen, daß in der anbrechenden Wochenendstimmung in Ausgleiche zwischen dem abnehmenden Standpunkt der englischen Delegation und der Konzeptionsbereitschaft der übrigen Mächte gefunden werden wird.

Bei einer Unterredung, die Jaspars gestern nachmittag mit Snowden hatte, und in der das den Engländern überreichte Memorandum besprochen wurde, scheint Snowden sich etwas verständlicher als an den Vortagen gezeigt zu haben. Wahrscheinlich ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die vier Mächte, die das Memorandum aufgestellt haben, die Absicht geäußert haben sollen, ihre Vorschläge in vollem Umfang zu veröffentlichen, falls die Engländer an ihrer bisherigen „100prozentigen Forderung“ festhalten sollten. Vorläufig allerdings dürfte eine Veröffentlichung unterbleiben, da man erst alle Möglichkeiten der eingeleiteten weiteren Verhandlungen ausschöpfen will.

England zu weiteren Verhandlungen bereit

WTB. Haag, 17. Aug. Wie aus englischen Kreisen verläutet, hat Snowden heute vormittag den 4 Mächten, die gestern der englischen Delegation ihre in einer Note niedergelegten Vorschläge unterbreitet hatten, eine schriftliche Antwort zukommen lassen. In dieser Antwortnote wird zwar das französisch-italienisch-belgisch-japanische Angebot zurückgewiesen, gleichzeitig aber die Bereitschaft der englischen Delegation zu weiteren Verhandlungen zum Ausdruck gebracht.

Die Verhandlungen können also unter diesen Umständen nicht als abgebrochen angesehen werden, und es besteht die Hoffnung, daß in den informellen Besprechungen, die heute weitergeführt werden, die beiderseitigen Standpunkte einander nähergebracht werden können.

Das Angebot der kontinentalen Gläubiger an England

Der englischen Delegation wurde ein Memorandum überreicht, das die französischen, belgischen, italienischen und japanischen Sachverständigen ausgearbeitet haben. Das Memorandum enthält keine Zahlen, sondern schildert nur auf vier bis fünf Schreibmaschinenseiten, welche Möglichkeiten der Youngplan enthält, um ohne Abänderung des Verteilungsschlüssels eine teilweise Befriedigung der englischen Forderungen zu gestatten. Der englische Anteil an den deutschen Zahlungen soll nach den Angaben der französischen Blätter zunächst dadurch erhöht werden, daß England eine Vorzugsbehandlung bei der Verteilung der zusätzlichen Beträge eingeräumt wird, welche sich aus der Beibehaltung des Dawesplans vom 1. April bis zum 31. August 1929 ergeben. Ferner sollen in dem Memorandum Andeutungen darüber gemacht worden sein, daß England gewisse Vorteile aus der Liquidierung des deutschen Eigentums ziehe. Schließlich soll England

Letzte Nachrichten

Um die Rheinlandräumung

Besprechungen Briand-Strefemann

WTB. Paris, 17. Aug. (Tel.) „Journal“ berichtet zu einer gestern stattgefundenen Unterredung Strefemann-Briand, die Besprechung habe sich vor allem auf die politischen Fragen und auf die Rheinlandräumung bezogen. Der Reichsaussenminister habe darauf bestanden, zu erfahren, in welchem Zeitraum die Räumung erfolgen könne. Briand habe geantwortet, daß nach Ansicht der französischen Sachverständigen die ganze Operation in zehn Monaten vorstatten gehen könne. Strefemann habe nicht verhehlt, daß diese Frist ihm viel zu lange erscheine. Er habe jedoch eingewilligt, die Verhandlungen auf dieser Grundlage fortzusetzen.

WTB. London, 17. Aug. (Tel.) Nach einer Neutermeldung aus dem Haag betonte Sanderfon gestern Dr. Strefemann nochmals mit Nachdruck, daß die britische Regierung das Rheinland innerhalb sehr kurzer Zeit und bedingungslos zu räumen bereit sei.

In einem Leitartikel verbreitet sich „Times“ u. a. über die Frage der Besatzungskosten und der Entschädigungen und sagt beiläufig: Eine lange Zeit für das Räumungsverfahren macht weniger Unkosten als eine schnelle Räumung, weil sie es ermöglicht, den Rhein als Wasserweg zur Abfuhr von Vorräten und schweren Kriegsmaterials ausgiebig zu benutzen. In dem von den Franzosen gewünschten Feststellungsausschuß bemerkt das Blatt: Der praktische Wert eines solchen Ausschusses muß sehr zweifelhaft sein; denn es kann nicht abgelehnt werden, daß die einzige Gewähr für die deutsche Abrüstung nach Zurückziehung der militärischen Kontrolle in Berlin in der deutschen Ehrlichkeit und in der Verantwortlichkeit des Kelloggpostes durch Deutschland besteht.

„Daily Telegraph“ sagt, die finanziellen Opfer, die Deutschland vorge schlagen wurden, bezogen sich nur auf Einquartierungskosten und Schadenersatzansprüche und nicht auf die allgemeinen Unterhaltskosten der Rheinlandarmee. Der Korrespondent glaubt, daß die Franzosen nur noch wenig Nachdruck auf den Feststellungsausschuß legen.

Neuer Zusammenstoß an der mandchurischen Grenze

WTB. London, 17. Aug. (Tel.) Neuter berichtet aus Schanghai: Hier vorliegenden Meldungen aus Mandchulien zufolge hat eine aus Kavallerie und Artillerie bestehende russische Truppenabteilung in Stärke von etwa 700 Mann einen Angriff auf die 35 Kilometer südöstlich von Mandchulien an der ostchinesischen Bahn gelegene Eisenbahnstation Jarainor unternommen. Die Chinesen erwiderten das Feuer der Angreifer. Es gab Vermundete, darunter zehn Zivilisten.

Die Auflösung der preussischen Gutsbezirke. Nach einer Zusammenstellung des Preussischen Statistischen Landesamtes sind von den ursprünglich in Preußen vorhandenen 11 894 Gutsbezirken bis zum 1. Januar d. J. 11 816 aufgelöst worden, so daß nur noch 578 Gutsbezirke bestehen blieben, in der Hauptsache große Waldkomplexe, die nicht bebaut sind. Neu gebildet wurden aus den Gutsbezirken 845 Landgemeinden, davon 303 in Pommern, 276 in Ostpreußen, 129 in Brandenburg, 90 in Schleswig-Holstein und 41 in Sachsen.

Der genesene englische König. Der König von England hat am Donnerstag im Buckinghampalast die erste Sitzung des Geheimen Rates seit seiner Operation geleitet. Die verschiedenen Ressortminister wohnten der Sitzung bei.

gewisse Konzessionen auf dem Gebiet der Sachlieferungen erhalten, und zwar soll das Wiederausfuhrrecht für die im Sachlieferungsverkehr bezogenen Waren aufgehoben und eine besondere Kontrolle in dem Falle geschaffen werden, daß Deutschland von der Möglichkeit Gebrauch macht, nach Anrufung des Transfereschusses die Sachlieferungen zu steigern.

Das Schriftstück endet mit dem Vorschlag, ein besonderes Sachverständigenkomitee zur Prüfung dieser Frage zu bilden, dem neben den Franzosen, Belgiern, Italienern und Japanern auch die Engländer angehören sollen. Die französischen, belgischen, italienischen und japanischen Sachverständigen haben berechnet, daß die in diesem Schriftstück den Engländern gemachten Konzessionen etwa drei Viertel ihrer Forderungen befriedigen.

WTB. London, 17. Aug. (Tel.) Der Haager Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet über die Lage am gestrigen Abend: Die Aussichten auf Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz dürften 50:50 stehen. Die italienische Hartnäckigkeit bleibt einseitig ein wichtiger Faktor.

Verting meldet dem „Daily Telegraph“ aus dem Haag: Die Note der vier Mächte an Snowden endet mit dem Vorschlag, einen britischen Sachverständigen zu ernennen, der die Lage gemeinsam mit ihren eigenen Sachverständigen prüfen solle. Ob Snowden sich dazu bereitfindet, ist noch nicht bekannt.

Die „Times“ schreibt: Wenn die Italiener veranlaßt werden könnten, etwas preiszugeben, dann würden wohl auch die Belgier und die Franzosen bereit sein, Zugeständnisse zu machen, die ausreichen würden, um zum mindesten einen wesentlichen Teil der britischen Erfordernisse zu befriedigen. Ansheinend hat die italienische Delegation Kom um neue Instruktionen ersucht.

Die Entwicklung der Parteien in Baden seit 1919

In Baden finden am 27. Oktober dieses Jahres die Landtagswahlen statt. Das veranlaßt zu einem Rückblick auf die zahlenmäßige Entwicklung der Parteien seit dem Umsturz.

Bis zum Zusammenbruch im November 1918 hatten wir in Baden 7 Parteien, nämlich Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokraten, Zentrum, Konservative, Bund der Landwirte und Reichspartei. Bei der Reichstagswahl im Mai 1928 waren es mehr als das Doppelte, nämlich 17. Das zeigt, daß in der Zwischenzeit eine gewaltige Zersplitterung eingetreten ist. Die letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg hatten 1912 stattgefunden. Damals waren in Baden 478 765 Wahlberechtigte. Abgegeben wurden 414 604 Stimmen, was einer Wahlbeteiligung von 87,1 Proz. entspricht. Die Nationalliberalen erhielten 167 947 Stimmen (26 Proz.), die Fortschrittliche Volkspartei 31 032 (7,5 Proz.), die Sozialdemokraten 117 154 (28,3 Proz.), das Zentrum 129 134 (31,2 Proz.), die Konservativen 2104 (0,5 Proz.), der Bund der Landwirte 14 842 (3,6 Proz.), die Reichspartei 12 179 (2,9 Proz.). Die letzten Landtagswahlen vor dem Kriege hatten 1913 stattgefunden. Hier waren es 425 279 Wahlberechtigte, von denen 333 744 oder 79,1 Proz. abstimmten. Die Nationalliberalen erhielten 80 474 Stimmen (24,1 Proz.), die Fortschrittliche Volkspartei 30 311 (7,5 Proz.), die Sozialdemokraten 74 328 (22,3 Proz.), das Zentrum 116 234 (31,2 Proz.), die Konservativen 16 231 (4,9 Proz.), der Bund der Landwirte 12 120 (3,6 Proz.) und die Reichspartei 2208 (0,7 Proz.).

Bei den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung waren die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei, die Konservativen, der Bund der Landwirte und die Reichspartei verschwunden. Die beiden erstgenannten hatten sich als „Deutsche Demokratische Partei“ zusammengetan. Von den übrigen darf angenommen werden, daß sie sich zum größten Teil der neuen deutsch-nationalen Partei angeschlossen haben. Als neue Partei trat weiter 1919 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auf den Plan. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Vorkriegszeit und den Jahren nach 1918 tritt in der bedeutenden Erhöhung der Zahl der Wahlberechtigten zutage, die durch die Einführung des Frauenstimmrechts bedingt war.

Bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung betrug die Zahl der Stimmberechtigten 1 168 379, abgegeben wurden 1 029 038 Stimmen, was einer Wahlbeteiligung von 88,1 Proz. entspricht. Die Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Deutsche Demokratische Partei 233 956 (22,8 Proz.), Sozialdemokraten 329 317 (32,1 Proz.), Zentrum 376 208 (36,6 Proz.), Deutschnationale 72 211 (7,0 Proz.), U. S. P. 15 449 (1,5 Proz.).

Bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung betrug die Zahl der Stimmberechtigten in Baden 1 254 228, abgegeben wurden 1 057 989 Stimmen oder 84,4 Proz. Das war die stärkste Wahlbeteiligung, die seither nicht mehr erreicht worden ist. Die Deutsche Demokratische Partei erhielt damals 226 836 Stimmen (21,5 Proz.), die Sozialdemokraten 366 824 (34,8 Proz.), das Zentrum 381 185 (36,2 Proz.), die Deutschnationalen 78 976 (7,5 Proz.). Die U. S. P. hatte in Baden keinen Kandidaten aufgestellt.

Bei der Reichstagswahl 1920 waren in Baden 1 302 251 Wahlberechtigte gezählt worden. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 950 240 (73,0 Proz.). Der bis dahin vereinigte badische Liberalismus hatte sich von diesen Wahlen ab getrennt. Die früheren Nationalliberalen traten von jetzt an als „Deutsche Volkspartei“ auf. Sie erhielten 64 653 Stimmen (6,8 Proz.). Die neue Deutsche demokratische Partei erhielt 116 398 Stimmen (12,3 Proz.), die Sozialdemokraten 190 289 (20,1 Proz.), das Zentrum 344 027 (36,4 Proz.), die Deutschnationalen 113 554 (12,0 Proz.), die U. S. P. 102 965 (10,9 Proz.) und die jetzt in Baden zum ersten Male im Wahlkampf auftretenden Kommunisten 14 471 (1,5 Proz.).

Die erste Landtagswahl fand in Baden im Jahre 1921 statt, nachdem durch Volksabstimmung bestimmt worden war, daß die verfassungsgebende Nationalversammlung als Landtag gelten sollte. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1 311 527, abgegeben wurden 906 233 Stimmen (69,1 Proz.). Davon erhielten die Deutsche Volkspartei

54 426 (6,0 Proz.), die Demokraten 76 264 (8,5 Proz.), die Sozialdemokraten 204 416 (22,7 Proz.), das Zentrum 341 438 (37,9 Proz.), die Deutschnationalen 76 299 (8,4 Proz.), die U. S. P. 27 197 (3 Proz.) die Kommunisten 35 375 (3,9 Proz.). Als neue Parteien traten auf der Landbund, der 74 896 (8,3 Proz.), und die Wirtschaftliche Vereinigung, die 11 429 (1,3 Proz.) Stimmen erhielten.

Bei der Reichstagswahl im Mai 1924 wurden 1 402 061 Stimmberechtigte gezählt. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 952 292, was einer Wahlbeteiligung von 67,9 Proz. entspricht. Die Verteilung auf die einzelnen Parteien war folgende: Deutsche Volkspartei 74 887 (7,9 Proz.), Demokraten 73 882 (7,8 Proz.), Sozialdemokraten 142 801 (15,2 Proz.), Zentrum 325 645 (34,6 Proz.), Deutschnationale 75 835 (8,1 Proz.), U. S. P. 6153 (0,7 Proz.), Kommunisten 95 564 (10,1 Proz.), Landbund 71 387 (7,6 Proz.), Wirtschaftliche Vereinigung 21 424 (2,3 Proz.). Zum ersten Male tritt der Völkische Block auf, der es zu 45 049 (4,8 Proz.) Stimmen brachte, ferner die Republikanische Partei mit 1404 (0,1 Proz.), der Bund der Geusen, den man als Bokläufer der Aufwertungs-partei ansehen darf, mit 6948 (0,7 Proz.), der Häufferbund mit 784 (0,1 Proz.) Stimmen. Man sieht, daß die Zersplitterung von Wahl zu Wahl wächst.

Im Dezember 1924 fanden wiederum Reichstagswahlen statt. Hier waren es in Baden 1 421 196 Stimmberechtigte, von denen 1 008 734 (71 Proz.) abstimmten. Davon erhielten: die Deutsche Volkspartei 97 719 (9,8 Proz.), die Demokraten 92 535 (9,3 Proz.), die Sozialdemokraten 198 593 (19,9 Proz.), das Zentrum 343 698 (34,5 Proz.), die Deutschnationalen 88 978 (8,9 Proz.), die U. S. P. 6685 (0,7 Proz.), die Kommunisten 64 952 (6,5 Proz.), der Landbund 58 719 (5,9 Proz.), die Wirtschaftliche Vereinigung 16 697 (1,7 Proz.) Stimmen. Von dem Völkischen Block hatten sich als Deutsch-Völkische 3405 (0,3 Proz.) abgesplittelt. Neu trat auf die Deutsche Aufwertungs-partei, die 4592 (0,5 Proz.) Stimmen erhielt. Der Häufferbund bekam 372 (0,0 Proz.) Stimmen, 19 160 (1,9 Proz.) Stimmen fielen den zum ersten Male auftretenden Nationalsozialisten zu, 522 (0,1 Proz.) dem ebenfalls in Baden neu auftretenden Freiwirtschaftsbund, und 2979 (0,4 Proz.) dem Badischen Pächter- und Kleinbauernbund.

Bei der Landtagswahl 1925 waren von den Splittlern wieder verschiedene verschwunden, nämlich der Häufferbund, die U. S. P., der Freiwirtschaftsbund und der Badische Pächter- und Kleinbauernbund. Stimmberechtigt waren 1 439 235 Wähler, von denen 779 500 (54,2 Proz.) abstimmten. Das war die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1919. Auf die einzelnen Parteien verteilten sich die Stimmen wie folgt: Deutsche Volkspartei 72 887 (9,5 Proz.), Demokraten 66 652 (8,7 Proz.), Sozialdemokraten 160 498 (20,8 Proz.), Zentrum 283 414 (36,8 Proz.), Deutschnationale und Landbund hatten sich für diese Wahlen zum Badischen Rechtsblock zusammengeschlossen und erhielten 93 750 (12,2 Proz.) Stimmen. Die Kommunisten bekamen 47 343 (6,1 Proz.), die Wirtschaftliche Vereinigung 22 856 (3,0 Proz.), die Deutschvölkischen 6420 (0,8 Proz.), die Deutsche Aufwertungs-partei 4176 (0,5 Proz.), die Nationalsozialisten 8917 (1,2 Proz.).

Bei der Reichstagswahl am 28. Mai 1928 waren 1 496 041 Stimmberechtigte, von denen 923 210 abstimmten (61 Proz.). Nicht weniger als 17 Parteien hatten Kandidaten aufgestellt. Davon erhielten: die Deutsche Volkspartei 86 401 (9,5 Proz.), die Demokraten 63 888 (7,0 Proz.), die Sozialdemokraten 204 346 (22,5 Proz.), das Zentrum 297 818 (32,8 Proz.), die Deutschnationalen 74 012 (8,1 Proz.), die U. S. P. 2104 (0,2 Proz.), die Kommunisten 66 808 (7,4 Proz.), der Landbund 5446 (0,6 Proz.), die Wirtschaftliche Vereinigung 30 875 (3,4 Proz.), der Völkische nationale Block 3588 (0,4 Proz.), die neue Volksrechtspartei 15 162 (1,7 Proz.), die Nationalsozialisten 26 330 (2,9 Proz.). Neu traten auf die Linken Kommunisten mit 4886 (0,5 Proz.), die Alte S. P. D. mit 3859 (0,4 Proz.) und der Rechtsblock der Geschädigten mit 959 (0,1 Proz.) Stimmen.

Die Übersicht zeigt, daß in Baden die große Mehrheit der Stimmen immer den Koalitionsparteien zugefallen ist. Damit kommt aber auch der politische Wille der Wählerschaft zur Koalition zum Ausdruck. Das geht deutlich aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor:

Koalitionsparteien			
Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten			Andere Parteien
Bad. Nat.-Versammlung	939 481 (91,5 %)	87 650 (8,5 %)	
Deutsche Nat.-Versamm.	974 895 (92,5 %)	78 976 (7,5 %)	
Reichstagswahl 1920	650 298 (68,8 %)	295 634 (31,2 %)	
Bad. Landtagswahl 1921	622 118 (69,1 %)	279 552 (30,9 %)	
Reichstagswahl Mai 1924	552 328 (57,6 %)	270 874 (29,4 %)	
Reichstagswahl Dez. 1924	734 826 (73,7 %)	380 907 (26,3 %)	
Bad. Landtagswahl 1925	510 564 (66,3 %)	254 349 (33,7 %)	
Reichstagswahl 1928	566 052 (62,3 %)	343 326 (37,7 %)	

Leider muß nach der ganzen bisherigen Entwicklung und nach verschiedenen Ankündigungen in der Presse angenommen werden, daß die Zahl der Splittlerparteien sich auch bei uns in Baden noch vermehren wird, zum Schaden des politischen Lebens im allgemeinen und nicht zum Vorteil derjenigen Wähler, die bei solchen Splittlern ihr Heil zu finden glauben.

Rumänien duldet keine Ausländer. Nach einer kaiserlichen Meldung hat das rumänische Landesfremdenkontrollamt beschlossen, Aufenthaltbewilligungen von Ausländern vom 4. September an nicht mehr zu verlängern. Unter den Auszuweisenden befinden sich bereits seit zehn Jahren in Rumänien wohnende Personen, die um Bewilligung der Staatsbürgerchaft eingekommen sind.

Die Weltfahrt des „Graf Zeppelin“

Die Hälfte der Strecke Friedrichshafen—Tokio

WTB. New York, 17. Aug. (Tel.) Hier vorliegenden Meldungen zufolge befindet sich „Graf Zeppelin“ etwa 450 Kilometer nordöstlich von Tomsk und hat somit die Hälfte der Strecke Friedrichshafen—Tokio zurückgelegt. Man nimmt an, daß das Luftschiff das nördliche Ende des Baisalssees überfliegen wird.

„Graf Zeppelin“ verlangsamt seine Fahrt

WTB. Moskau, 17. Aug. (Telegraphenagentur der Sowjet-Union.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich um 9 Uhr früh Moskauer Zeit (8 Uhr MEZ.) auf 85 Grad östl. Länge und 60 Grad nördl. Breite in etwa 1000 Meter Höhe. Sowjetflugzeuge, die dem Luftschiff aus Tobolsk entgegengeflogen waren, berichten, daß das Luftschiff mit verminderter Kraft zu fahren scheint.

Nach einer anderen Meldung von 7 Uhr früh war der Standort des Luftschiffes 64 Grad Nord, 95 Grad Ost. (Diese Standortangabe ist mit den Moskauer Meldungen nicht in Einklang zu bringen. Wenn sie richtig ist, ist festzustellen, daß das Luftschiff seinen Kurs ziemlich weit nördlich genommen hat.)

Amerikanische Unterstützung des Weltfluges

WTB. Washington, 17. Aug. (Tel.) Der Chef der amerikanischen Flotte, Admiral Charles D. Hughes, gibt bekannt, daß die Marine alle Vorbereitungen getroffen habe, die Verbindung mit dem „Graf Zeppelin“ während seines Fernostfluges und während der Überquerung des Stillen Ozeans aufrechtzuerhalten. Die amerikanische Funkstation in Peleliu ist angewiesen worden, baldmöglichst eine Funkverbindung mit dem Luftschiff herzustellen und Dr. Eckener jede Hilfe zu leisten. 50 Schiffe der amerikanischen Flotte, die sich in asiatischen Gewässern, zum größten Teil in Tschifu, befinden, sind gleichfalls angewiesen, dem Luftschiff alle gewünschten Informationen zu übermitteln. Das Observatorium in Manila wird durch Funkpruch regelmäßig Wetterberichte an den „Graf Zeppelin“ geben.

Der japanische Botschafter an Dr. Eckener

Der japanische Botschafter in Berlin, Kagaoka, hat unmittelbar nach dem Aufstieg des „Graf Zeppelin“ folgendes Telegramm an Dr. Eckener gerichtet: „Meine innigsten Wünsche begleiten den „Graf Zeppelin“ auf der epochenmachenden ersten Fahrt nach Japan, die wesentlich zur weiteren Förderung der japanisch-deutschen Freundschaft beitragen wird. Gleichzeitig wünsche ich Ihnen von Herzen eine erfolgreiche Durchführung Ihres großartigen Planes des Weltfluges sowie Gesundheit Ihnen und allen Mitfahrern.“

Dr. Eckener antwortete darauf mit folgendem Telegramm: „Herzlichen Dank für die freundlichen Wünsche, die Sie uns auf die Reise mitgeben. Wir hoffen, in wenigen Tagen ein Erzellenz wunderbares Heimland zu erreichen als Bezeugen deutschen Kulturwillens und freundschaftlicher Gesinnung.“ Das japanische Botschaftsgebäude am Platz der Republik zu Berlin, das der Zeppelin überflog, hatte als Gruß die Flagge gehißt.

Die Deutsche Reichspost im 1. Quartal 1929

Der Bericht der Deutschen Reichspost über das erste Quartal des neuen Wirtschaftsjahres (April bis Juni 1929) läßt erkennen, daß sich der Postverkehr weiterhin relativ befriedigend entwickelt hat.

In den meisten Betriebszweigen des Postwesens im engeren Sinne sind gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres Steigerungen zu verzeichnen, ein Rückgang zeigt aber, wie schon in dem vorausgehenden Vierteljahr, wiederum der Paketverkehr (128,5 Millionen Stück gegenüber 137,3 Millionen i. V.). Die Zahl der Poststücken hat sich in dem Berichtsquartal um 7886 auf 964 586 erhöht (i. V. 936 881), das Guthaben der Poststücken betrug im Durchschnitt des Berichtsquartals 626,1 (i. V. 612,4) Mill. Reichsmark. Es wurden 183,9 (172,8) Mill. Aufträge ausgeführt im Betrage von 36,7 (35,7) Milliarden Reichsmark. Vergelblos wurden hier von 30,1 (28,5) Milliarden Reichsmark beglichen, das heißt 80,2 (80,0) Proz. Der Telekommunikationsverkehr weist im Vergleich zum Vorjahre einen Rückgang von 17,8 auf 16,7 Mill. Stück auf. Die Zahl der Fernsprechkunden ist von 2,8 auf 3,0 Mill. gestiegen, im Berichtsquartal allein um 54 324. Die Zahl der Gespräche hat sich auf 625,7 Mill. erhöht (i. V. 598,9). Auch der Auslands-Funkverkehr hat kräftig zugenommen, von 530 000 auf 587 000. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer betrug am Ende des Berichtsquartals 2 826 000 gegenüber 2 284 000 i. V.

Der Kasstenausschlag der Reichspost für das erste Quartal des Wirtschaftsjahres weist auf der Einnahmeseite folgende Zahlen auf (in Mill. Reichsmark): Post 298,8 (290,7), Postschekverkehr 7,7 (9,1), Telegraphie 26,0 (24,8), Fernsprechwesen 178,8 (188,0), Funkwesen 20,2 (16,3), vermischte Einnahmen 4,1 (4,1), zusammen 535,6 (513,0); auf der Ausgabe-seite: 539,5 (475,9).

Das erste Quartal schließt also mit einer kleinen Mehrausgabe von 4 Mill. Reichsmark ab.

Einigung zwischen Reichsbahn und Reichspost

Nach langwierigen Verhandlungen ist zwischen der Reichsbahn und der Reichspost ein Vertrag über den gemeinsamen Betrieb von Kraftwagenlinien unterzeichnet worden. Der Vertrag, dessen finanzielle Abmachungen sich auf die nach dem 1. April eingerichteten und auf alle künftig neu zu betreibenden Linien beschränken, ist zunächst bis zum Jahre 1934 abgeschlossen worden und soll die unwirtschaftliche Konkurrenz zwischen den beiden öffentlichen Verkehrs-gesellschaften ausschalten.

Der Post wird vor allem der Omnibusverkehr vorbehalten, während die Güterbeförderung im Überlandverkehr grundsätzlich von der Reichsbahn durchgeführt werden soll. An dem Omnibusverkehr ist die Post mit 65 Proz., an der Güterbeförderung die Reichsbahn mit 65 Proz. beteiligt. Die Kantanlagen, Garagen und Werkstätten werden gemeinsam benutzt. Wenn das Abkommen nicht gekündigt wird, verlängert es sich jeweils um fünf Jahre.

Über die Finanzierung des Luftfahrtsprogramms fand Freitag nachmittag eine Besprechung der Regierungsparteien im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Popitz statt. Die Beratungen, die vertraulich waren und noch zu keinen Beschlüssen geführt haben, sollen fortgesetzt haben.

Die Lagerhäuser im Piräus bei Athen wurden durch Großfeuer zerstört. Der Schaden wird auf 800 Millionen Drachmen geschätzt.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Teilweise Einigung der Regierungsparteien

Am Freitagvormittag und nachmittag fanden in Berlin Besprechungen der Vertreter der Regierungsparteien über die Reform der Arbeitslosenversicherung statt. Eine offizielle Mitteilung, die am Abend ausgegeben wurde, besagt, daß beschlossen worden sei, die Vorlage des Reichskabinetts abzuwarten, über die das Kabinett am Montag Beschluß fassen werde; sie soll dann sofort dem Reichsrat und dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, der am Dienstag zusammentritt, zugeleitet werden.

Die „Germania“ spricht von einer gewissen Klärung der Gegensätze. Die Parteien wollen es jetzt offenbar dem Kabinett überlassen, von sich aus den noch vorhandenen strittigen Fragen eine Formulierung zu geben. Das bedeutet andererseits, daß auch der Freitag über das endgültige Schicksal des Reformwerkes noch keine Entscheidung und auch noch keine reifliche Klarheit gebracht hat. Die getroffenen Vereinbarungen sind daher zunächst nur als eine Episode zu werten, die dem Kabinett die Möglichkeit geben soll, die Einzelheiten des Gegenwurfs nochmals zu überprüfen. Es wurde gestern der Gedanke erwogen, auf halbem Wege nach dem Haag, etwa in Münster oder Dusseldorf, am Sonntag eine Kabinettsitzung abzuhalten, falls die Lage der Haager Konferenz dies gestattet.

Über das Ergebnis der interfraktionellen Beratungen glaubt die „Voss. Zig.“ u. a. mitteilen zu können: Die Einigung bedeutet — soweit wir unterrichtet sind — im wesentlichen eine Rückkehr zu dem Sachverständigenausschuss. Allerdings hat man an den Vorschlägen der Sachverständigen verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Auf demokratische Initiative ist z. B. die Verlängerung der Parteizeit für die Saisonarbeiter auf zwei oder drei Wochen und die Kürzung der Unterstützungsätze für die höchstbezahlten Saisonarbeitergruppen über die Vorschläge der Sachverständigen hinaus auf etwa die Hälfte zurückzuführen. Dafür hat man andererseits die von den Sozialdemokraten am beifällig bekämpfte schematische Verknüpfung von Unterstützungshöhe und Anwartschaftsdauer, gegen die auch die Demokraten erhebliche Bedenken hatten, mildern können. Diese Verknüpfung soll nur noch für die besserbezahlten Saisonarbeiterkategorien und für die Erwerbslosen eintreten, die erst eine kurze Versicherungszeit hinter sich haben. — Eine weitere Erparnis wurde dadurch gemacht, daß man den Beitrag, den die Arbeitslosenversicherung für die Erwerbslosen an die Krankenkassen zahlt, um 30 Millionen herabsetzt. Die Erparnisse, die durch Verwaltungsmaßnahmen herbeigeführt werden sollen, werden auf 15 Millionen geschätzt. Die Erhöhung der Beiträge soll auf 1/2 Proz. beschränkt werden.

Artikel 48 der Reichsverfassung

Die Schwierigkeiten für ein Ausführungsgesetz

In der Verfassungsnummer des Reichsverwaltungsblattes befaßt sich der Sachreferent des Reichsinnenministeriums Ministerialrat Dr. Dohse mit dem Ausführungsgesetz zu Artikel 48, und er gibt dabei in überaus interessanter Weise die Gründe an, die dazu geführt haben, warum ein Entwurf des Gesetzes bisher nicht zustande gekommen ist:

Das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 ist bisher nicht erlassen, obwohl seine baldige Verabschiedung in der Tagespresse und im juristischen Schrifttum vom Deutschen Juristentag in Heidelberg 1924 und durch mehrmalige Reichstagsentscheidungen gefordert worden ist. Daß diesen in der Tat ein solches Ausbaues des Reichsstaatsgebantens zweifellos berechtigten Forderungen bisher nicht entsprochen ist, hat seine Ursache in den ganz ungewöhnlichen politischen Schwierigkeiten, die sich dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes entgegenstellen werden. Das Gesetz wird nicht nur, wie leider mehr oder weniger jedes Gesetz, die gegenwärtigen Auffassungen der politischen Parteien zum Auffommen bringen. Es wird auch zwischen einander entgegenstehenden Ansprüchen des Reichs und der Länder zu vermitteln haben. Es wird ferner einen sachgemäßen Ausgleich zwischen dem Lebensinteresse des Staates an schneller Wiederherstellung der gestörten öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zwischen dem Interesse des Staatsbürgers an dem uneingeschränkten Genuß der verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechte zu finden haben. Es ist also zu erwarten, daß dieses Gesetz, wenn es einen gerechten Ausgleich der Gegensätze versuchen will, in ganz verschiedenen Lagern Gegner und nur wenig Freunde finden wird.

Einen Vorgehensmaß der politischen Gegensätze auf diesem Gebiet konnte man bekommen, als im Jahre 1926 ein im Reichsministerium des Innern aufgestellter beiläufiger Referentenentwurf durch eine Indiskretion in der Presse veröffentlicht wurde. Bezeichnend dafür, wie lange unter Umständen der Erlass eines Gesetzes mit so heilem Inhalt auf sich warten lassen kann, ist übrigens, daß das im Artikel 68 der Weimarer Verfassung vorgesehene Reichsgesetz zur Regelung des Kriegszustandes, das also dieselbe Materie wie das im Artikel 48 Abs. 5 der Weimarer Verfassung vorgesehene Gesetz zu regeln gehabt hätte, niemals erlassen ist, daß vielmehr bis zum Inkrafttreten der Weimarer Verfassung die Vorschriften des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 fortgeboten haben.

Entscheidend dafür, daß der Entwurf des Ausführungsgesetzes bisher nicht eingebracht wurde, war aber wohl in erster Linie noch eine andere Erwägung. Das Gesetz wird durch die von ihm zu schaffende Abgrenzung und Erläuterung der Rechte des „Diktators“ notwendig dessen bisher nur durch den Wortlaut des Artikel 48 im allgemeinen umschriebenen Befugnisse einschränken. In den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung, als immer von neuem in größerem und geringerem Umfang Unruhen ausbrachen, die wiederholt den Bestand der verfassungsmäßigen Reichsgewalt bedrohten, wäre auch die geringste Schwächung der Machtmittel, die die Reichsverfassung dem Träger der Diktaturgewalt in die Hand gegeben hat, nicht zu vertreten gewesen. Mit der fortschreitenden Beruhigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland fällt dieser Grund für eine Vertagung der Angelegenheit fort, und es wird Zeit, sine ira et studio an die Sache heranzugehen.

So groß auch die erwähnten Schwierigkeiten sein mögen, die sich dem Zustandekommen des Gesetzes entgegenstellen, so werden sie doch über kurz oder lang überwunden werden müssen. Die mannigfachen Unklarheiten und Schwierigkeiten, die die bisherige Anwendung des Artikels 48 gezeitigt hat, fordern gebieterisch eine endgültige gesetzliche Klärung. Letzten Endes kann gerade dieses Gesetz nicht nur eine Erfüllung rechtsstaatlicher Forderungen darstellen, sondern auch im Ergebnis zu einer Ausgleichung politischer Gegensätze führen.

Die Zahl der in diesem Jahre tödlich verunglückten englischen Militärlieger beträgt bisher 26.